

Spinnrad



FORUM FÜR AKTIVE GEWALTFREIHEIT

Zeitschrift des Internationalen Versöhnungsbundes - Österreichischer Zweig



SCHWERPUNKTTHEMA: MILITARISIERUNG DER SCHULE?

Nummer 3 | September 2023, € 3,-

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

Im Ausklang dieses Sommers blicken wir zurück auf eine Zeit des intensiven Arbeitens - von einem Sommerloch war, zumindest in unserer Friedensarbeit, nichts zu merken.

Neben neuen großen Herausforderungen in unserer fortlaufenden Arbeit - wie dem Einsatz für das Recht auf Wehrdienstverweigerung und gelebten Pazifismus (S.14) und dem Themenkomplex Klima und Militär (S.16) - gab es auch immer wieder Momente, die uns aufhorchen ließen.

Darunter fielen der kurz entschlossene und wenig reflektierte Beitritt Österreichs zum European Sky Shield (S.11) und das Schwerpunktthema dieser Ausgabe: die (mögliche) Militarisierung des Bildungssystems (Beiträge S.3 bis S.7), eingebettet in eine breitere Diskussion zu Rüstung, Militarisierung und Neutralität (S.8).

Die Sicherheitsbrille, die alternative Konfliktbearbeitung und Lösungsansätze ins Abseits stellt, ist ein gerne genutztes Werkzeug der Militarisierung. Der Verankerung dieses Bildes in verschiedenen Bereichen entschlossen entgegenzutreten sehen wir als Aufgabe einer friedensbemühten Gesellschaft und so auch dieses „Spinnrads“.

Lucia Hämmerle
für das Redaktionsteam

Information zu Mitgliedschaft und Abonnement:

- ▷ Abonnement der Zeitschrift Spinnrad: € 12
- ▷ Mitgliedschaft: € 50 (erm. € 30, Selbseinschätzung)
- ▷ unterstützende Mitgliedschaft: € 250
- ▷ fördernde Mitgliedschaft: € 500

IMPRESSUM (alle anderen ungültig):

Verleger, Herausgeber: Internationaler Versöhnungsbund, österreichischer Zweig (IVB)

Redaktion: Irmgard Ehrenberger, Pete Hämmerle, Lucia Hämmerle, Thomas Roithner

Adresse: Lederergasse 23/3/27, A - 1080 Wien;

Tel./Fax: 01/408 53 32;

Email: office@versoehnungsbund.at

Website: www.versoehnungsbund.at

Umschlagdesign & Layout: Lucia Hämmerle

Inhalt

02 | Editorial, Impressum

03 | Mehr Friedensförderung und Gewaltprävention statt einer Militarisierung unseres Bildungssystems

Offener Brief des Versöhnungsbundes

04 | Wann, wenn nicht jetzt?

Friedensbildung – eine grundlegende und hochaktuelle pädagogische Aufgabe
von Werner Wintersteiner

06 | Den Krieg verlernen – den Frieden gewinnen Friedensbildung am Beispiel des Projektes „whywar.at“

von Hans Peter Grass

08 | Neutralität oder „Quantensprung“ der Militarisierung

von Gerald Oberansmayr

11 | Der Neutrale, die Raketen und der Krieg

Warum der European Sky Shield nicht jenen Frieden bringt, den es so dringend braucht
von Thomas Roithner

13 | Atomare Abrüstung in Zeiten des Krieges

Warum wir am Jahrestag des Abwurfes der Atombombe über Hiroshima Rüstungskontrolle nicht auf Eis legen dürfen
von Thomas Roithner

14 | Nein heißt nein – Zur Situation belarussischer und ukrainischer Wehrdienstverweigerer und Menschenrechtsverteidiger:innen

von Irmgard Ehrenberger

16 | „Sobald der Klimaschutz für das Militär interessant wird...“

von Irmgard Ehrenberger

19 | Bücher aus unserer Leseliste

Herstellerin: Print Alliance HAV Produktions GmbH, Druckhausstr. 1, 2540 Bad Vöslau;

Verlagspostamt: 1080 Wien

Bankverbindung: Bawag-PSK,

BIC: BAWAATWW,

IBAN: AT94 6000 0000 9202 2553

Preis der Einzelnummer: € 3,-

Abonnement: € 12,- (Inland), € 15,- (Ausland)

Für Mitglieder des IVB kostenlos!

Mehr Friedensförderung und Gewaltprävention statt einer Militarisierung unseres Bildungssystems

Offener Brief an BM Martin Polaschek und BM Klaudia Tanner

Herr Bildungsminister Martin Polaschek, Frau Verteidigungsministerin Klaudia Tanner,

Sie haben eine Debatte angestoßen, dass Soldat:innen der Miliz, aus der Militärmusik sowie dem Heeressport als Lehrkräfte angeworben werden sollen. Abseits dieses Vorstoßes sollen auch militärische Inhalte im Schulunterricht einen breiteren Raum einnehmen und Offiziere wurden in die Schulbuchkommission berufen.

Der Versöhnungsbund befürwortet die Absicht, dass den Schulen ausreichend Lehrkräfte zur Verfügung stehen und dass in Bildungseinrichtungen mehr über Frieden, Sicherheit und Konfliktbearbeitung gesprochen wird. Der Versöhnungsbund lehnt die von Ihnen jüngst vorgeschlagenen Maßnahmen gegen den Personalmangel im Bildungssystem ab. Wir wenden uns dabei nicht gegen Personen der Miliz mit all ihren Ausbildungen, sondern gegen die systematische Versicherheitlichung und Militarisierung der öffentlichen Debatte im Allgemeinen und des Bildungssystems im Besonderen.

Wir befürworten ein ausgewogenes und durch unabhängige Expert*in-

nen ausgestaltetes friedenspädagogisches Auftreten. Dieses schließt Fragen der klassischen Verteidigungspolitik ein. Ein breiter Ansatz umfasst Methoden gewaltfreier Konfliktbearbeitung, Ursachen von Kriegen und Konflikten, die Praxis gewaltfreier Aktionen sowie die komplexen Zusammenhänge von Klimaerhitzung und Kriegen.

Im Rahmen des Lehrprinzips Politische Bildung bleiben Grundwerte wie Frieden oder die Skizze einer gerechten Friedensordnung nicht selten unkonkret oder werden aus Zeit- und Ressourcenmangel zu wenig berücksichtigt. Das derzeitige Bestücken des Schulsystems mit militärischen Aspekten und Personal erinnert uns an die 1980er-Jahre.

Nicht nur im Schulbereich, sondern auch an den Universitäten gewinnt Militärisches in Forschung und Lehre an Einfluss. In Form von Zivilklauseln üben auch dort Lehrende und Studierende Kritik, Rüstungsforschung zu unterstützen oder für die Rechtfertigung von Waffengewalt und Kriegen einzutreten.

Ein Blick auf die letzten Jahre zeigt, dass viele Lebensbereiche zeitweilig „versicherheitlicht“ wurden. Herausforderungen wurden und werden unter dem Aspekt der Sicherheitsbedrohung betrachtet und mit

entsprechenden Instrumenten bearbeitet: Armee im Flecktarn gegen Corona, Armee gegen Bedrohung von diplomatischen Vertretungen, Armee gegen Kriminelle im Internet oder Armeefahrzeuge transportieren Häftlinge. Wer ist in einer Demokratie für welche Aufgaben zuständig? Sichtbarkeit und ein allgemeiner Effekt der Gewöhnung an das Bewaffnete im übertragenen wie wörtlichen Sinn sind beabsichtigt.

Der Versöhnungsbund fragt Sie:

1. Wer trägt auch in der Schule Sorge, dass Herausforderungen nicht künftig immer mehr durch eine Sicherheitsbrille betrachtet werden und die Debatte über Konfliktbearbeitung weiter verengt wird? Freinach dem Motto: „Wer als Werkzeug nur einen Hammer hat, sieht in jedem Problem einen Nagel“.

Wir treten dafür ein, dass Kindern die gewaltfreie Bearbeitung von Konflikten als primäre Perspektive angeboten wird.

2. Wie können Militärs Schulbücher bezüglich Neutralität objektiv auf Richtigkeit prüfen, wenn manche uniformierte Kolleg:innen hinter vorgehaltener Hand die Neutralität als Haltung der Kriegsverweigerung längst als „Neutralitätsrisiko“ bezeichnen?

3. Wer achtet darauf, dass unabhängige friedenspädagogische und friedenswissenschaftliche Expertisen stärker finanziert werden und zum Einsatz kommen?

4. Wie können angesichts der aktuellen und berechtigten Fragen zum Krieg in der Ukraine Elemente gewaltfreier Konfliktlösung auf individueller, staatlicher und internationaler Ebene stärker verankert werden?

**Int. Versöhnungsbund - ÖZ
Wien, 14. August 2023**



Wann, wenn nicht jetzt? Friedensbildung – eine grundlegende und hochaktuelle pädagogische Aufgabe

Von Werner Wintersteiner

Aufregung um Landesverteidigung und Schule

„Bundesheer will ‚umfassende Landesverteidigung‘ in Schulen etablieren“ lauteten die Schlagzeilen Anfang August. Bildungsminister Martin Polaschek und Verteidigungsministerin Klaudia Tanner (beide ÖVP) haben die Saure-Gurken-Zeit genutzt, um ihre Verständigung auf ein Thema, das doch eine gewisse Brisanz hat, zu verkündigen. Einerseits soll umfassende Landesverteidigung stärker in der Schulbildung, speziell in der politischen Bildung, verankert werden. Dazu werden zwei Offiziere in die Schulbuchkommission eingebunden. Andererseits meint das Verteidigungsministerium, eine Lösung für Personal-mangel im Lehrberuf parat zu haben. Man möchte besonders Milizsoldat:innen, Heeressportler:innen oder Militärmusiker:innen für den Schulunterricht motivieren. Begründet wird dieser doppelte Vorstoß mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, „um unsere Neutralität und Unabhängigkeit auch in Zukunft wahren und schützen zu können“, so Ministerin Tanner in einer Presseaussendung.⁽¹⁾

Die Kritik ließ nicht lange auf sich warten. „Soldat:innen haben in Schulklassen nichts verloren. Der verstärkte Einfluss des Bundesheeres in Klassen und Lehrplänen ebnet den Weg hin zu einem militari-sierten Bildungswesen“, so die prompte Stellungnahme der Österreichischen Hochschüler:innen-schaft.⁽²⁾ Widerstand kam auch von der SPÖ-nahen Aktion kritischer

Schüler_innen (AKS) und SPÖ-Vor-sitzendem Andreas Babler. Der Versöhnungsbund hat sich in einem offenen Brief besorgt über die „Ver-sicherheitlichung“ aller Fragen ge-äußert. Sogar in Deutschland hat eine Tageszeitung das Thema unter dem Titel „Militarisierte Alpenrepub-lik“ aufgegriffen (Junge Welt, 10. August 2023, S.7). Daraufhin sah sich der linksliberale Standard ver-anlasst, zur Verteidigung der Initiati-ve der beiden ÖVP-Minister:innen auszurücken. Lisa Nimmervoll kann darin keine Militarisierung erken-nen. Sie kritisiert ihrerseits einen „verzerrten Blick auf die Rolle des Bundesheers“, erinnert daran, dass geistige Landesverteidigung in der Verfassung verankert ist und meint, es „wäre die Aufregung über eine vermeintliche ‚Militarisierung‘ der Schule ein guter Anlass, die geistige Landesverteidigung sehr buch-stäblich zu fassen – und den Som-mer noch zu nutzen für eine echte Bildungsdebatte.“ (Der Standard, 17. August 2023, S.24)

Viel Lärm um nichts?

Ich denke, Lisa Nimmervoll hat Recht, wenn sie in der isolierten Tatsache, dass nun unter Milizsol-dat:innen für den Lehrberuf gewor-ben wird, noch keine Militarisierung der Schule erkennen kann. Auch ihre Idee, den Sommer für eine ech-te Bildungsdebatte zu nutzen, die leider niemand (außer dem Versöh-nungsbund) aufgegriffen hat, finde ich begrüßenswert. Wenn man sich aber alle Faktoren ansieht, kommt man doch zu einem anderen Bild.

Fügen wir doch die Elemente zu-sammen, die zusammengehören: In der Ukraine tobt der russische Angriffskrieg, der auf entschiedene Gegenwehr stößt. Westliche Staa-ten liefern dem bedrängten Land immer mehr Waffen zu seiner Ver-teidigung. Doch damit nicht genug. Der öffentliche Diskurs auch in den nicht unmittelbaren betroffenen Staaten schaltet auf Kriegsmodus. Das heißt, es wird nur mehr in mili-tärischen Kategorien gedacht, der Sieg der Ukraine (wie immer er de-finiert wird) wird zur einzig akzep-tierten Option. Verhandlungen wer-den ausgeschlossen. Dass die Ge-fahr der Eskalation des Krieges steigt und dass die geopolitischen Spannungen – etwa zwischen USA und China zunehmen – wird als un-vermeidlich in Kauf genommen. Frieden wird zum Unwort. Militäri-sche Stärke wird zur Kardinaltu-gend. Die Zeitenwende erfordert es.

In so einer Situation gibt es bil-dungspolitisch zwei Wege: Entwe-der die Bildung passt sich dem ge-genwärtigen hysterischen Diskurs an und stellt Weichen, um den Ein-fluss militärischen Denkens auf Schule und Unterricht zu verstär-ken. Oder sie hält bewusst dage-gen – aus der Überzeugung her-aus, dass es gerade jetzt wichtig ist, die Jugend im Geist des Friedens zu erziehen, sie zu lehren, friedens-politische Alternativen zu denken und den Wert friedenspolitischen Handelns zu erkennen.

Die Initiative von Polaschek und Tanner ist eindeutig ein Schritt in

(1) https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20220807_OTS0003/tannerpolaschek-umfassende-landesverteidigung-essentiell-fuer-ganzheitliche-sicherheit-bild

(2) <https://orf.at/stories/3326575/>, 6. 8. 2023



FRIEDENSBILDUNG

die erste Richtung. Denn man muss auch all dem Beachtung schenken, worüber die beiden Minister:innen nicht sprechen – nämlich über die Notwendigkeit, Friedenskompetenzen zu erwerben, die Bedeutung von Nachhaltigkeit zu verstehen und angesichts der globalen Herausforderungen eine kosmopolitische Denkweise zu entwickeln.

Was sagen die neuen Lehrpläne?

Genau das sind aber Kernpunkte der Lehrpläne für Mittelschulen und AHS-Unterstufe, die ab diesem Herbst in Kraft treten. Sie enthalten einige wesentliche bildungspolitische Weichenstellungen, die der Öffentlichkeit wohl gar nicht bewusst sind.

So heißt es z.B. in den Leitvorstellungen im Abschnitt „Allgemeines Bildungsziel“ des neuen AHS-Lehrplans sehr klar:

„Schule und Unterricht tragen dazu bei, dass junge Menschen befähigt werden, bei der Bewältigung von gesellschaftlichen, sozialen, ökonomischen und ökologischen Herausforderungen eine aktive Rolle einzunehmen. Dazu gehört, dass Kompetenzen für eine nachhaltige Entwicklung angebahnt werden. Wesentliche pädagogische Bereiche, die diesen Kompetenzerwerb unterstützen, sind die Bildung für nachhaltige Entwicklung, Politische Bildung mit Global Citizenship Education, Friedenserziehung und Menschenrechtsbildung.“

Diese Festlegungen gelten für alle Unterrichtsfächer. Sie schreiben somit eine zentrale Bildungsaufgabe des österreichischen Schulwesens fest. Denn in den Leitvorstellungen heißt es weiter: „Für das integrative Denken der ökologischen, ökonomischen und sozialen Dimension nachhaltiger Entwicklung sind sowohl fachspezifische als auch fächerübergreifende Bezüge von gro-

ßer Bedeutung. Schülerinnen und Schüler und das gesamte Schulteam übernehmen gemeinsam Verantwortung, wodurch Schulen Modelle für eine zukunftsfähige Lebensgestaltung sind.“

Wie wichtig Frieden bzw. Friedenserziehung den Lehrplangestalter:innen sind, kann man auch daran ablesen, dass diese Begriffe außerdem explizit in den Fachlehrplänen Geschichte und Politische Bildung sowie Deutsch und Lebende Fremdsprachen als Bildungsziele genannt werden.

Und was sagt der Herr Minister?

Es ist mir keine Äußerung des Bildungsministers bekannt, in der er diese wirklich bahnbrechenden Neuerungen der Lehrpläne lobt. Er könnte doch stolz sein auf so zeitgemäße Bestimmungen wie „Bildung für nachhaltige Entwicklung, Politische Bildung mit Global Citizenship Education, Friedenserziehung und Menschenrechtsbildung“.

Daher mein Appell: Herr Minister Polaschek, verweisen Sie doch mit aller Deutlichkeit auf Friedensbildung als zentrales Ziel der Lehrpläne!

Und wenn Sie von geistiger Landesverteidigung sprechen: Erwähnen Sie doch, dass geistige Landesverteidigung bedeutet, „die Aufgabe der Friedenspädagogik ernst zu nehmen“, wie es auf der Website Ihres Ministeriums heißt!⁽³⁾

Loben Sie doch die Arbeit Ihrer Expert:innen, deren neue Lehrpläne mit der fortschrittlichen internationalen Entwicklung Schritt halten! Denn die Curricula entsprechen den Leitlinien der Nachhaltigen Bildungsziele der UNO (2015) ebenso wie der europaweit gültigen Dublin Declaration zur „Global Education“ (2022) oder der UNESCO Recommendation „Education For Internati-

onal Understanding“ (aktualisiert 2023).

Ein eigenes Schulfach Frieden

Wir sind also bildungspolitisch in Österreich viel besser aufgestellt, als manche Kritiker:innen es vermuten. Allerdings gibt es doch noch ein großes Defizit. Es fehlt an einem eigenen Schulfach, das als Trägerfach die Umsetzung all der genannten hehren Bildungsziele koordiniert und anführt. Denn das Doppelfach Geschichte und Politische Bildung hat dafür eine viel zu geringe Stundenkapazität. Und die Lehramtsausbildung kann unter den gegebenen Umständen auch kaum den beiden Schwerpunkten gleichermaßen gerecht werden. Es wäre daher ein neues Fach zu schaffen, welches das „integrative Denken der ökologischen, ökonomischen und sozialen Dimension nachhaltiger Entwicklung“ als Hauptaufgabe hat. Das Fach könnte Friedensbildung heißen, oder Global Citizenship Education, oder Planetare Bildung – die Hauptsache, es ist mit ausreichend Stunden ausgestattet, um das umzusetzen, was schon lange in unserem Schulwesen zu kurz kommt: das Zusammendenken der verschiedenen Wissensbereiche, um die Kompetenzen zur Bewältigung der Hauptaufgaben der Menschheit auszubilden – die Organisation einer Weltgesellschaft, der es gelingt, in Frieden unter den Menschen und in Frieden mit der Natur zu leben.

Werner Wintersteiner ist Universitätsprofessor (i.R.) für Deutschdidaktik an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt (AAU) und Gründer des dortigen Zentrums für Friedensforschung und Friedensbildung.

(3) <https://www.bmbwf.gv.at/Themen/schule/schulpraxis/ba/glv.html>



Den Krieg verlernen – den Frieden gewinnen

Friedensbildung am Beispiel des Projektes „whywar.at“

Von Hans Peter Graß

Im Sommer dieses Jahres ließ eine Initiative des Bundesministeriums für Landesverteidigung und des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung, die Präsenz des Österreichischen Bundesheeres in Schulen zu forcieren, kurz die innenpolitischen Wogen hochgehen, bevor sie das übliche Schicksal einer Sommerlochdiskussion ereilte und wieder zur Tagesordnung übergegangen wurde. Dabei ist die Absicht der Initiator:innen, aus Anlass des aktuellen Krieges in der Ukraine, die Umfassende Landesverteidigung und insbesondere den drohenden Verlust der sogenannten „Wehrbereitschaft“ der jungen Österreicher:innen zu thematisieren, doch von einer nicht zu vernachlässigenden Brisanz.

Vorab: Es ist keine Frage, dass die Auseinandersetzung mit dem Thema „Landesverteidigung“ im Kontext der Politischen Bildung in Schulen nicht nur legitim, sondern auch notwendig ist. Zum einen geht es um die Vermittlung von Wissen über die österreichische Verfassung. Zum anderen ist diese Frage auch Teil der Lebensplanung vieler junger Männer und Frauen, die in ihrer Entscheidung, Wehr- oder Zivildienst zu leisten, auch in der Schule die notwendigen Informationen bzw. Unterstützung in ethischen und politischen Fragen erhalten sollen. Und natürlich macht es Sinn, dass sich Schüler:innen im Gespräch mit Angehörigen des österreichischen Bundesheeres über Fragen der militärischen Landesverteidigung austauschen.

Wenn die aktuelle Initiative aber mit dem aktuellen Krieg in der Ukraine begründet wird, dann macht sie na-

türlich ein weites Feld auf: Um diesen und viele andere Kriege in der Schule zu thematisieren, müssen wir auch über humanitäre Fragen, über Migration, Menschenrechte und den Zusammenhang von Kriegen und Klimakrise reden. Schüler:innen sollen sich umfassend mit Fragen der Kriegsursachen und -folgen auseinandersetzen, genauso wie mit der Praxis von ziviler Konfliktbearbeitung auf individueller, zivilgesellschaftlicher und diplomatischer Ebene. Auch in Fragen von ethischen Dilemmata – wie der Abwägung zwischen Gewaltfreiheit und dem Recht auf Selbstverteidigung – brauchen Schüler:innen Anregungen und Begleitung.

Für all diese Themen gibt es Expert:innen aus humanitären Organisationen, aus der Menschenrechtsarbeit oder der Friedens- und Konfliktforschung, die den Blick von Schüler:innen auf Kriege und bewaffnete Konflikte schärfen können. Diese Rolle haben NGOs in den letzten Jahrzehnten in unterschiedlicher Form ausgefüllt. Ich möchte die aktuelle Diskussion zum Anlass nehmen, einen kritischen und reflektierenden Blick auf die Entwicklung der Angebote des Friedensbüros Salzburg in Bezug auf das Thema „Krieg und Frieden“ im schulischen Kontext, zu werfen.

„Make love not war.“
Antikriegspädagogik

Die 80er und 90er Jahre des letzten Jahrhunderts waren diesbezüglich von einer starken Aufbruchsstimmung geprägt. Nach Jahrzehnten des auf das Thema Krieg fokussierten und gleichzeitig die Katastrophe des 2. Weltkriegs ignorierenden oder verharmlosenden Geschichts-

unterricht, war das Feld für eine kritische Friedenspädagogik auch in der politischen Bildung in Schulen spürbar bestellt. Erstmals war es uns möglich, aktuelle weltpolitische Fragen wie den Ost-West Konflikt, die atomare Bedrohung, Auf- und Abrüstung aus einer dezidiert pazifistischen Perspektive heraus zu thematisieren. Der Dominanz der Geistigen Landesverteidigung in den Schulen setzten wir Informationen zu Zivildienst und Wehrdienstverweigerung entgegen. Dieses starke Engagement, das am besten mit dem Begriff der „Antikriegspädagogik“ zu beschreiben wäre, barg jedoch von Anfang an die Gefahr einer Ideologisierung des Themas in sich, die auf Seiten aller Akteur:innen offensichtlich war. Vor diesem Hintergrund ist die Entwicklung des sogenannten „Beutelsbacher Konsens“ zu verstehen, in dem es u. a. um das „Überwältigungsverbot“ geht, das Schüler:innen vor Indoktrination schützt und sie stattdessen befähigen soll, sich eine eigene Meinung bilden zu können.

WhyWar.at – „Wer den Frieden will, der rede vom Krieg“.

Diese Form der Entideologisierung war die Grundlage eines Projektes, das das Friedensbüro Salzburg Anfang der 2000er-Jahre entwickelte. „WhyWar.at“ ist eine Website, auf der (nicht nur aber hauptsächlich) Schüler:innen wichtige Informationen in Bezug auf das Thema „Krieg und Frieden“ finden und sich interaktiv dazu austauschen können. In unserem Grundkonzept ließen wir uns von Walter Benjamins These „Wer den Frieden will, der rede vom Krieg“ inspirieren. In diesem eher rationalen Zugang geht es dar-



SCHULE

um, das Phänomen „Krieg“ zu verstehen, die Ursachen, die Folgen, die unterschiedlichsten Akteur:innen und die Friedensprozesse, die es braucht, Krieg zu verhindern oder die Folgen zu lindern. In fächer- klassen- und schulübergreifenden Projekten wurden Schüler:innen angeregt und begleitet, sich mit vergangenen Kriegen zu beschäftigen und eigene Texte, künstlerische Produkte oder entsprechende Handlungsperspektiven zu entwickeln.

Kontakthypothese – Begegnung schaffen

Die Projekte wurden regelmäßig evaluiert und als eindeutiges Ergebnis stellte sich – nicht überraschend – heraus, dass die Workshops, in denen Menschen aus unterschiedlichen Kriegskontexten aus ihren Erfahrungen berichteten, die intensivsten und nachhaltigsten Eindrücke hinterließen. Dabei ging es um Menschen mit direkten Kriegserfahrungen, mit biografischen Wurzeln in von Kriegen betroffenen Ländern und solchen mit beruflichen Kontexten. So wurden die Workshops zu Israel-Palästina von einem jüdischen und einer palästinensischen Referent:in gestaltet. Im Projekt „Pioniri“ arbeiteten jungen Erwachsene aus Salzburg mit biografischen Wurzeln in nahezu allen Republiken des ehemaligen Jugoslawiens in der gesamten Projektplanung und -durchführung mit. Zu Afghanistan erzählten eine NGO-Mitarbeiterin und ein deutscher Soldat über ihre unterschiedlichen Wahrnehmungen. Die auf dieses Thema umgelegte „Kontakthypothese“, nach der Lernprozesse in Begegnung und direkter Kommunikation von besonderer Wirksamkeit sind, konnte dabei bestätigt werden. Genauso aber die Einschränkungen und Risiken, die diese Zugänge bergen. Besonders in sehr aktuellen und hoch eskalierten Kriegen kann die Auseinandersetzung mit betroffenen Referent:in-

nen zu mehr Unsicherheit und durch allzu irritierender Subjektivität führen. Zudem ist die Frage, ob im Klassenverband Kinder oder Jugendliche mit eigenen – vielleicht auch traumatisierenden – Kriegserfahrungen am Projekt teilnehmen, eine, die in der Vorbereitung eine ganz wesentliche Rolle spielen muss.

Was hat der Krieg mit mir zu tun?

Der emotional sehr fordernde und zu diesem Zeitpunkt noch sehr aktuelle Krieg in Syrien ließ uns den Fokus auf die Frage werfen, was Krieg mit uns zu tun hat. Da ging es bei den einen um Familiengeschichte, bei andern um den Heimatort und immer mehr auch um betroffene Freund:innen, Bekannte oder Urlaubsdestinationen. Auch die Rolle von Medien, die Informationsflut, alternative Fakten und Verschwörungsmymen sorgen für persönliche Verunsicherung und Irritationen. Bei immer mehr Schüler:innen ist das Bewusstsein über die Zusammenhänge von eigenem Konsumverhalten und Kriegen – gerade im Kontext der Klimakrise – massiv gestiegen. Gerade diese Thematik birgt auf der einen Seite die Chance, konkrete Handlungsperspektiven aus dem eigenen Lebensumfeld anzugehen. Gleichzeitig besteht aber auch die Gefahr, eigene Verantwortung überzubewerten und belastende Schuldkomplexe zu bedienen.

Wir haben für diesen Zugang künstlerische Mittel gewählt, um z. B. Gefühle auszudrücken. Der Krieg weckt ganz unterschiedliche Emotionen in uns: von Ohnmacht, Resignation, Trauer über Wut, Faszina-

tion zu Empathie und Solidarität. Dass auch wir Erwachsene und Lehrende von dieser emotionalen Subjektivität geprägt sind, vergessen wir nur allzu oft. Der Filmemacher Alexander Kluge nennt in seiner „Kriegsfibel 2023“ den Krieg einen „Maulwurf“ und meint damit „dessen zähes und oft unterirdisches Überleben, das, was er aus Menschen macht und zu welchem Eigenleben er imstande ist“.

Den Krieg verlernen

Kluge meint damit natürlich nicht nur den Krieg in der Ukraine – aber dieser Krieg erschüttert uns offensichtlich ganz besonders und lässt uns – und nicht nur Kinder und Jugendliche – ratlos zurück. Er verändert unsere Sprache und unsere Narrative. Er prägt unsere Bilder, Träume und Phantasien und er schreibt sich in unsere Körper ein und nicht nur in diejenigen, die diesem Krieg hilflos ausgeliefert sind, sondern auch in die, die ihn aus der Distanz wahrnehmen.

Wir fragen uns deshalb, ob der Krieg eine historische Notwendigkeit ist oder ob er verlernbar ist. Die Antirassismus-Arbeit denkt schon lange über den Prozess des Verlernens nach, der einer tiefgehende individuellen und strukturellen Auseinandersetzung mit unseren Rassismen bedarf. Es ist offensichtlich Zeit zu fragen, ob auch der Krieg verlernbar ist und wenn ja, was dahingehend zu tun wäre.

Hans Peter Graß arbeitet als Geschäftsführer beim Friedensbüro Salzburg

whywar.at
Friedensbüro Salzburg





Neutralität oder „Quantensprung“ der Militarisierung

Von Gerald Oberansmayr

Wer die Aufrüstungsdynamik in Österreich – aber auch die Alternativen dazu – begreifen will, muss sich mit der Militarisierung der Europäischen Union beschäftigen, insbesondere dem „Strategischen Kompass“.

Der „Strategische Kompass“⁽¹⁾ ist der bislang wohl ambitionierteste Plan zur Hochrüstung und globalen Kriegsfähigmachung der Europäischen Union. Noch knapp vor Beschluss dieses Dokuments am 25. März 2022 wurden noch einige Passagen zum russischen Angriffskrieg in der Ukraine eingefügt, wohl um zu suggerieren, die EU würde damit auf die russische Aggression reagieren. Tatsächlich wurde an diesem Papier schon seit Jahren gearbeitet. Dessen erklärtes Ziel: Die EU müsse bei der militärischen „Handlungsfähigkeit und -bereitschaft“ einen „Quantensprung nach vorne machen“.

Die Begründungen für diesen „Quantensprung“ lesen sich vertraut: Durchsetzung von „freiem Handel und Energieversorgungssicherheit“, die Abwehr der „Gefährdung globaler Lieferketten“, der „ungehinderten Zugang zu den

Hochseegewässern und kritischen Seewegen“ und „zu kritischen Rohstoffen“.

Neu ist die Betonung der geopolitischen Konfrontation mit China und Russland. China wird u.a. „eine Beschränkung des Zugangs zu seinem Markt“ vorgeworfen wird. Am vehementesten richtet sich der Strategische Kompass gegen Russland, das „mit seiner Aggression gegen die Ukraine grob gegen das Völkerrecht und die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen verstößt“. Das ist ebenso richtig wie heuchlerisch. Bekanntlich können die EU-Staaten – oft im Verbund mit den USA – selbst auf eine blutige Geschichte eigener Verstöße gegen das Völkerrecht und UN-Charta zurückblicken (Jugoslawien, Irak, Afghanistan, Libyen ...). Was die EU hier empört, ist also offensichtlich nicht der Verstoß gegen das Völkerrecht an sich, sondern dass sich mittlerweile auch andere

Mächte anmaßen, Verbrechen zu begehen, die die westlichen Großmächte bislang als ihr ausschließliches Privileg betrachteten.

Von der Arktis bis ins südchinesische Meer

Beachtlich ist der geographische Raum, den die EU militärisch dominieren will. Dieser reicht von der Arktis bis Zentralafrika, von der „östlichen Nachbarschaft“ (Ukraine, Südkaukasus) über den Nahen und Mittleren Osten bis in den indopazifischen Raum, insbesondere auch die Kontrolle über die dazugehörigen Meere. Namentlich genannt wird die „maritime Sicherheit in der Ostsee, im Schwarzen Meer, im Mittelmeer und in der Nordsee sowie in den arktischen Gewässern, im Atlantik und in den Gebieten in äußerster Randlage ... Meeresgebiete, kritische Seeverbindungen und mehrere Meeresengen sowie Meeresböden, vom Golf von Aden

(1) Rat der Europäischen Union, Der Strategische Kompass, Brüssel, 21.3.2022



NEUTRALITÄT

bis zur Straße von Hormuz und jenseits der Straße von Malakka.“ Zur Erläuterung: „Jenseits der Straße von Malakka“ beginnt das südchinesische Meer.

Neue EU-Eingreiftruppe

Wer solche Räume dominieren will, braucht entsprechend trainierte und bewaffnete Truppen. Diesbezügliches Kernelement des Strategischen Kompasses ist der Aufbau einer militärischen Eingreiftruppe von 5.000 Soldat:innen bis 2025. Das ist eine Weiterentwicklung des bisherigen „Battlegroups“-Konzepts. Nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ: Neben Bodentruppen sollen je nach Bedarf auch Luft- und Seestreitkräfte zur neuen Truppe gehören. Durch „maßgeschneiderte Truppenpakete mit Land-, See- und Luftkomponenten, verschiedene Grade der Einsatzbereitschaft und längere Bereitschaftszeiten“ soll „ein robusteres und flexibleres Instrument entstehen“. Bis 2025 soll auch ein operatives EU-Hauptquartier eingerichtet sein, das die Einsätze dieser Truppe kommandiert.

Da 5.000 Mann/Frau aber noch kein „Quantensprung“ für globale Militärinterventionen sind, hält der Strategische Kompass ausdrücklich fest, dass die EU-Eingreiftruppe mit weiteren Kontingenten von EU-Staaten kombiniert werden soll. Wie groß eine solche EU-Interventionsstreitmacht dann sein kann, wird bloß angedeutet: Der Umfang der Truppe wird „an die vom Rat festgelegten Ziele und Anforderungen der Militäroperation angepasst“.

Milliarden für neues Kriegsgerät

Den größten Quantensprung will die EU bei der Entwicklung und Produktion von neuem Kriegsgerät machen – in allen Waffengattungen: Boden, See, Luft, Weltraum

und Cyberspace. 2020 gaben die EU-Staaten (ohne Großbritannien) zusammen bereits 200 Milliarden Euro aus (eine reale Steigerung von 25 % seit 2014!). Das ist fast das 4-Fache des russischen Militärbudgets (inkl. Großbritannien fast das 5-Fache!). Doch den EU-Mächtigen ist das viel zu wenig. EU-Kommissionschefin Von der Leyen verlautbarte im Mai 2022 stolz, dass „die EU-Staaten bereits zusätzliche Ausgaben in Höhe von 200 Milliarden Euro für die nächsten Jahre angekündigt haben. Wir müssen diese Dynamik aufrechterhalten.“⁽²⁾ Die EU-Militärausgaben würden damit im Jahr 2025 – so die EU-Verteidigungsagentur – real um 30 % höher sein als 2021.

Bundesheer: „Robuste Auslandseinsätze“

Die österreichische Regierung will beim „Strategischen Kompass“ ambitioniert mitwirken. Laut Landesverteidigungsbericht 2022 sollen sich die Militärausgaben von 2022 bis 2028 fast verdoppeln (plus 93 %), die Rüstungsinvestitionen beinahe vervierfachen (plus 384 %). Beim Probegalopp für die neue EU-Eingreiftruppe im Jahr 2025 wird Österreich mit bis zu 600 Soldat:innen dabei sein und das Kommando über die Logistik für die 5.000 Mann/Frau starke Truppe übernehmen, die von der deutschen Bundeswehr geführt wird.

Der Landesverteidigungsbericht 2022 stimmt bereits auf militärische Abenteuer in tausenden Kilometern Entfernung ein: „Anforderungen für robuste Auslandseinsätze werden rascher als bisher auf das Österreichische Bundesheer zukommen, eine geringere Vorwarnzeit aufweisen und die Bandbreite der Einsätze wird höher, was die Bereithaltung von rasch verfügbaren, durchsetzungsfähigen und durchhaltefähigen Kräften bedingt, die dazu befähigt sind, es mit dem gesteigerten

Bedrohungspotenzial der dortigen Gegner aufzunehmen und Gefechte zu gewinnen ... Alle globalstrategischen Wirkungsfelder, wie Bevölkerungsentwicklung, Wirtschaft und Energieversorgung, politische Systeme und globale Ordnungsmodelle, weisen dabei auf Zentral- und Nordafrika sowie den Nahen Osten als die zu priorisierenden Räume für künftige Einsätze hin.“⁽³⁾

Friedens- und neutralitätspolitisch auf Tauchstation im Ukraine-Krieg

Dieser Unterordnung der österreichischen Außen- und Sicherheitspolitik unter die EU-Militarisierung ist wohl auch zuzuschreiben, dass Österreich im Ukraine-Krieg bislang friedens- und neutralitätspolitisch auf Tauchstation gegangen ist. Österreich lässt neutralitätswidrig Militärtransporte über sein Territorium in die Ukraine rollen. Gleichzeitig finanziert Österreich anteilig die neue EU-Kriegskasse mit dem euphemistischen Bezeichnung „Friedensfazilität“, über die die ukrainische Armee mit Waffen versorgt wird. Bislang gingen über die diese Schiene Kriegsgerät im Wert von 5,6 Milliarden Euro an die Ukraine. Der österreichische Anteil daran betrug 153 Millionen Euro. Nach jüngsten Ankündigungen des EU-Außenbeauftragte Josep Borrell könnte das bald erheblich mehr werden. Außenminister Schallenberg's Behauptung, die Beteiligung Österreichs an dieser „Friedensfazilität“ sei mit der Neutralität vereinbar, weil der österreichische Beitrag nur zur Finanzierung von Schutzausrüstungen und nicht für Waffenlieferungen verwendet würde, ist Etikettenschwindel. Geld hat bekanntlich kein Mascherl.

Manche mögen einwenden: Hätte Österreich bei der völkerrechtswidrigen Aggression Russlands gegen die Ukraine zuschauen sollen? Nein, natürlich nicht. Gerade ein

(2) Presseerklärung, 18. 5. 2022: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_22_3164

(3) <https://www.bmlv.gv.at/wissen-forschung/publikationen/beitrag.php?id=3677>



kleiner neutraler Staat hat ein besonderes Interesse daran, dass das Völkerrecht respektiert wird und nicht durch das Faustrecht der Großmächte ersetzt wird. Doch die österreichische Politik hat sich im Ukraine-Krieg nicht für die Durchsetzung des Völkerrechts eingesetzt, sondern Hilfsdienste zur Eskalation des Krieges geleistet.

Freilich muss man dafür etwas genauer hinschauen. Im März/April 2022 gab es hoffnungsstiftende Gespräche zwischen Moskau und Kiew in der Türkei, bei denen sich beide Seiten in wichtigen Punkten angenähert hatten:

- Rückzug der russischen Truppen hinter die Linien des 22.2.2022
- Ein neutraler Status der Ukraine, geschützt durch internationale Sicherheitsgarantien
- Lösung aller offenen territorialen Konflikte (Donbass-Republiken, Krim) am Verhandlungstisch⁽⁴⁾

Damit öffnete sich ein Fenster für eine politische Lösung und ein rasches Ende des Krieges. Doch die westlichen Großmächte hatten kein Interesse an einer neutralen Ukraine, die ihre Unabhängigkeit gegenüber Ost und West zu wahren versteht. Das zeigte bereits die Vorgeschichte dieses Krieges, wie etwa die Unterstützung von EU und USA für den prowestlichen Staatsstreich in Kiew im Februar 2014. Offensichtlich wurden deshalb die explodierenden Waffenlieferungen an die Ukraine mit der Forderung junktimiert, die Tür für eine solche Verhandlungslösung zuzuschlagen. Diese Kriegsstrategie des Westens hatte bereits am 24. März 2022 Chas Freeman, ehemaliger Botschafter der USA in Saudi-Arabien, kritisiert: „Alles, was wir [der Westen] tun, zielt offenbar darauf, die Kämpfe zu verlängern, anstatt ihr Ende und einen Kompromiss zu be-

schleunigen“. Denn das sei „gut für den militärisch-industriellen Komplex“.⁽⁵⁾

Zugleich brachte diese Politik auch in Moskau die ethnonationalistischen Scharfmacher in die Vorhand und mündete in den katastrophalen Annexionen von vier ukrainischen Oblasten durch die Russische Föderation im Herbst 2022. Ein „Fenster der Gelegenheit“ schloss sich, das Hunderttausende vor Tod und Verkrüppelung hätte retten können. Um es zu akzentuieren: Natürlich hat ein angegriffenes Land wie die Ukraine das Recht, sich militärisch zu verteidigen und Waffen dafür geliefert zu bekommen. Doch das Vollpumpen der Ukraine mit Waffen diene in dieser Situation nicht dazu, Russland an den Verhandlungstisch zu bringen, sondern die Ukraine dazu zu bewegen, von diesem aufzustehen.

Verhandlungsfaden wieder aufgreifen

Was war und ist die herausragende Herausforderung für staatliche und zivilgesellschaftliche Friedensarbeit? Es galt und gilt, diesen grundvernünftigen Verhandlungsfaden vom Frühjahr 2022 aufzugreifen und mit allen Mitteln staatlicher Diplomatie und zivilgesellschaftlichen Engagements zu stärken, um Menschenleben zu retten und fundamentale Pfeiler des Völkerrechts zu stützen:

- Wahrung der Souveränität und territorialer Unversehrtheit der Staaten, d. h. konkret: Rückzug der russischen Truppen
- Ein System kooperativer Sicherheit, also Sicherheit miteinander statt gegeneinander, d. h. konkret: keine Ausweitung von westlichen Militärpakten, die das ukrainische Territorium zum militärischen Aufmarschgebiet gegen Russland machen.

Es gab und gibt solche Initiativen, z. B. den Vier-Schritte-Plan des damaligen italienischen Außenminister Luigi di Maio oder von Ländern des globalen Südens. Es gäbe wohl kaum ein Land, das prädestinierter für Friedensvorschläge in diese Richtung wäre, als Österreich. Denn auch die Wiedererlangung der österreichischen Souveränität ist engstens mit unserem neutralen Status verbunden. Für kleinere und mittlere Staaten an den großen geopolitischen Bruchlinien ist Neutralität eine enorme Chance, nicht nur die eigene Souveränität zu wahren, sondern auch friedenspolitischer Brückenbauer im Sinne kooperativer Sicherheit zu werden.

Doch was tut die österreichische Politik? Sie steckt den Kopf in den Sand, oder besser gesagt unter den Rockzipfel des Europäischen Auswärtigen Amtes, lässt die Panzer durch unser Land rollen und finanziert genau jene Eskalation des Krieges mit, die diese Friedenslösung ersticken sollte. Ein unverzeihliches Versagen. Und ein systemisch begründetes Versagen. Denn solange die österreichische Politik alles daran setzt, bei der EU-Militarisierung mitzumarschieren, verkommt die österreichische Neutralität zu einer leeren Phrase. Die österreichische Friedensbewegung muss daher darum ringen, dass sich Österreich aus dem militaristischen „Quantensprung“ des „Strategischen Kompass“ verabschiedet. Denn neutrale Staaten, die sich aktiv als Brückenbauer in den internationalen Beziehungen engagieren, sind heute wichtiger denn je – in der Ukraine und bei vielen anderen Konfliktherden.

Gerald Oberansmayr, Erwachsenenbildner und Verleger aus Linz, ist aktiv bei der Solidarwerkstatt Österreich.

(4) Siehe <https://www.solidarwerkstatt.at/frieden-neutralitaet/ungeliebte-ukrainisch-russische-friedensgespraeche>

(5) zitiert nach: www.german-foreign-policy.com; „Bis zum letzten Ukrainer“, 19.4.2022





Der Neutrale, die Raketen und der Krieg Warum der European Sky Shield nicht jenen Frieden bringt, den es so dringend braucht

Von Thomas Roithner

Aufgeschreckt sind manche, als Veit Dengler und Rainer Novak im Standard-Kommentar vom 20.2. „eine ballistische Rakete auf ihrem Weg in die Ukraine nach Österreich ‚verirrt‘“ als Szenario zu Papier brachten. Sie räumten ein: „...weit hergeholt und unrealistisch“ und Anlass zur offenen Debatte. Um die Debatte zur Raketenbeschusserei auf Österreich wurde es nicht ruhig, vielmehr schalldämpft.

Die von Deutschland im Herbst 2022 lancierte Initiative zur Luftverteidigung und Raketenabwehr wird durch das 100 Milliarden Euro-Sondervermögen – Stichwort Zeitenwende – möglich. Damit lässt sich in Berlin klotzen und nicht nur kleckern. Bislang sind nur NATO-Staaten und Beitrittskandidaten fix an Bord. Auch die neutrale Schweiz erklärt unter Neutralitätsvorbehalten die Absicht, am Sky Shield mitzuwirken.

Unklarheit

Ganz vieles ist wolkig, was die European Sky Shield Initiative (ESSI) betrifft. Was tut Österreich, wenn feindliche Flugobjekte über unser Hoheitsgebiet hinwegflitzen? Was kann im schweren Krisenfall von Österreich verlangt werden? Was tun im Graubereich zwischen gemeinsamem Aufklären und dass jeder Nationalstaat souverän „am Drücker“ sitzt? Wo liegt das Eskalationspotenzial? Teilen die NATO-Staaten wirklich alle hochsensiblen Daten mit dem neutralen Österreich (Geheimdienstkooperation lässt grüßen)? Ist die technische Auswahl der Systeme – und damit die Profiteur:innen – so weit offen, dass es politisch noch gefällig ist? Kommt das österreichische Geld aus dem praller werdenden Budget der Armee oder gibt's Extracash?

Sogleich wird reflexartig erklärt, Sky Shield sei mit der Neutralität verein-

bar. Der Reflex ist seit den 1990ern bekannt. Automatisch scheinbar kein Neutralitätsproblem mit EU-Kampfeinsätzen, EU-Battle Groups, EU-Rüstungsfonds oder EU-Waffenlieferungen. Nicht so ganz zufällig, dass es bei der Expertise personelle Überschneidungen bei jenen gibt, die dem Sky Shield blanko den Neutralitäts-Persilschein ausstellen und immer und immer wieder Neutralitätsdiskussionen anzetteln.

Europa oder NATO?

Wenn Sky Shield – wie zumal dargestellt – das harmlose rüstungspolitische Einkaufssackerl einiger europäischer Staaten ist, um alles ein bisschen billiger zu kriegen, warum läuft es dann nicht im Rahmen des militärischen Kerneuropas der EU (die permanente strukturierte Zusammenarbeit PESCO)? Effizienz und Aufstockung der Rüstungshaushalte ist eigentlich der dahinterliegende kerneuropäische Ge-



danke von Politik und Militärs. Auch Eurodrohne oder EU-Kampfhubschrauber sind auf der Kerneuropa-Wunschliste.

Dass Paris nicht an Bord ist, zeigt nur, dass beim Ausbuchstabieren von Sky Shield Französisch die Fremdsprache ist. Alles Mögliche wird mit Sky Shield gestärkt, aber sicher nicht die Autonomie der EU. Während hierzulande von europäischen Dimensionen parliert wird, reden deutsche Expert:innen Klartext: die Allianz heißt NATO.

Strategielos

Das Österreichische an all dem ist, dass die Absicht über Milliardenausgaben erklärt wird, während die Parteien aktuell ihre Positionen zur in Aussicht stehenden Sicherheitsstrategie debattieren. Der übliche Weg wäre: Erstens die Herausforderung und zweitens die passenden Instrumente zur Bearbeitung. Der österreichische Weg: Sky Shield flink vor der finalen Strategiedebatte ins Trockene bringen. Dieser Weg hat System. Vor dem Beschluss der aktuellen Sicherheitsstrategie, die aus dem Jahr 2013 stammt, wurde das Volk über das Wehrsystem befragt. Die öffentliche Debatte kreiste um Schneeschaufeln und billige Zivildienstler, während die bereits geschnitzte Strategie in der Schublade lag. Erst das Instrument, dann die Strategie lautet das Motto eines sicherheitspolitischen Kopfstandes.

Welche Sicherheit?

Was ist bei einem Pakt speziell gegen russische Raketen sicherheitspolitisch überhaupt möglich? Bestenfalls Abschreckungsfrieden und nicht mit Raketendrohungen erpresst zu werden.

Wesentliche Teile der Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge sind außer Kraft oder erodiert. Mangelndes Vertrauen zwischen Washington und Moskau ist eine der Ursachen, warum der Vertrag über nu-

kleare Mittelstreckensysteme (INF) oder zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen (ABM) längst perdu sind. Das hat die Sicherheitslage bereits vor dem 24.2.2022 für Europa verschlechtert.

Neutral sein ist mehr als ein Muskelpaket gegen Raketen und Drohnen. Eine Haltung der Kriegsverweigerung – nicht mehr und nicht weniger ist die Neutralität völkerrechtlich – hat auch nach dem friedenspolitischen Mehrwert zu fragen. Atomwaffenverbotsvertrag, Gastgeber für Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle (Iran-Deal oder NewSTART) sowie aktive Amtssitzpolitik sind international sichtbar. Besonders wenn in den internationalen Beziehungen nicht die Sonne scheint, hat Vertrauensbildung, zivile Krisenprävention und die Stärkung menschlicher Sicherheit durch den Neutralen besondere Glaubwürdigkeit. Da ist Österreichs Beitrag wirklich geboten.

Thomas Roithner, Friedensforscher, Mitarbeiter im Internationalen Versöhnungsbund und Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Wien

Die Weltuntergangsuhr steht heute auf 90 Sekunden vor Mitternacht. Nach dem Bulletin of Atomic Scientists war es noch nie so gefährlich wie dieser Tage. Begründet wird dies mit Nuklearwaffen oder auch dem Klimawandel. Selbst thermonukleare Systeme im Jahr 1953 oder die Dynamik um den NATO-Doppelbeschluss der frühen 1980er ließen den Zeiger nicht so weit vorrücken wie heute.

Auch in kriegerischen Situationen dürfen Rüstungskontrolle, der Gedanke der Abrüstung sowie Maßnahmen zur Eindämmung von Eskalation nicht auf Eis gelegt werden. Die Anzahl von Sprengköpfen und Trägersystemen sowie ihr Bereitschaftsgrad sind das eine. Vertrauen und Misstrauen, eskalierende oder deeskalierende Verhaltensweisen, mehr oder weniger globale Stabilität sind das andere, um diesbezügliche Gefahren zu beurteilen.

Risikominimierung durch menschliche Fehler oder Fehlwahrnehmungen zählten seit Jahrzehnten zum ABC der Motive zur Abrüstung, so auch beim Atomwaffenverbotsvertrag. Gerade dies ist in Krisensituationen besonders wichtig. Dazu braucht es trotz allem funktionsfähige Kommunikationskanäle.

Kein Atomkrieg

In der aktuellen Phase des Krieges seit dem 24.2.2022 hat Russland mit Atomwaffen gedroht bzw. Stationierungspläne in Belarus bekannt gemacht. Das Signal aus dem Kreml: Ich ziehe rote Linien und bin unberechenbar. Die Gefahr eines Einsatzes einer Nuklearwaffe bleibt – auch wenn sich manche Expertinnen und Experten noch so sicher zeigen – schwer einschätzbar. Die Frage blindlings abzutun wäre gefährlich, auch wenn ein Einsatz derzeit nicht besonders wahrscheinlich ist.

Friedenspläne und Lagebilder unterschiedlichster Akteur:innen ma-



Atomare Abrüstung in Zeiten des Krieges

Warum wir am Jahrestag des Abwurfes der Atombombe über Hiroshima Rüstungskontrolle nicht auf Eis legen dürfen

Von Thomas Roithner

chen deutlich, dass die Verhinderung eines Atomkrieges zu den wesentlichsten Bausteinen gehört. Die Reaktionen auf Wladimir Putins Drohungen mit Atomwaffen dokumentieren dies. Auch China – selbst Nuklearmacht und mit Russland Teil der Schanghai- und BRICS-Kooperation – bezieht unmissverständlich Stellung.

Heißkalt bei Atomwaffen

Neben dem Verlust von Vertrauen erodierten seit der Millenniumswende auch nukleare Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträge bzw. Kontrollinstrumente. Die USA – und gleich darauf Russland – haben den ABM-Vertrag zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen aufgekündigt. Ebenfalls perdu ist der Vertrag über Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag). Sowohl die USA wie folglich Russland sind aus dem Open Skies Treaty zur Überwachung von Rüstungskontrolle ausgestiegen. Im Februar 2023 hat Russland den letzten bilateralen nuklearen Rüstungskontrollvertrag über strategische Potenziale (New START) ausgesetzt. Abseits bilateraler Verträge werden in den anderen sieben Nuklearwaffenstaaten weitere nukleare Muskeln aufgebaut oder modernisiert. Zudem ist der aktuelle Krieg keine gute Verhandlungsbasis für das von Donald Trump aufgekündigte Atom-Abkommen (JCPOA) mit dem Iran.

Aber es gibt auch Erfreuliches. Im Jahr 2017 haben 122 Staaten den in New York ausgehandelten Atomwaffenverbotsvertrag angenommen. 68 Staaten haben diesen seit Jänner 2021 in Kraft getretenen Vertrag inzwischen ratifiziert, 27

weitere haben ihn unterzeichnet und weitere 44 unterstützen ihn durch ihr bisheriges Abstimmungsverhalten bei den Vereinten Nationen. Das sind knapp über 70 Prozent der Staaten. Mit dem langsamen Entziehen der Finanzierungsbasis für Atomwaffen ist der Vertrag mehr als Symbolik.

Die Rolle Österreichs

Österreichs Diplomatie steht bei nuklearer Abrüstung in der allerersten Reihe. Der Vertrag zum Verbot von Atomwaffen und sein Zustandekommen hat Österreichs Fingerabdrücke. Die erste Vertragsstaatenkonferenz fand 2022 in Wien statt. Die Neutralität und Nicht-Mitgliedschaft in der nuklearen Militärallianz NATO machen Österreich besonders glaubwürdig. Gemeinsam mit Zivilgesellschaft und Wissenschaft gilt es, den Vertrag auch in Krisenzeiten zu stärken und für seine Kritikerinnen und Kritiker kontrollierbar zu machen. Hier kann der Neutrale dienlich sein, um die internationale

Politik ein Stück berechenbarer zu machen.

Der Hiroshima-Gedenktag bietet die Chance, sich zwei Verständnisse von Sicherheit durch den Kopf gehen zu lassen. Die vermeintliche Logik von Abschreckung, Waffen und Gewaltanwendung, Atombomben all inklusive. Oder die Logik der menschlichen Sicherheit, wie sie auch der Atomwaffenverbotsvertrag enthält: Der Mensch, seine Gesundheit und seine ökologischen Lebensgrundlagen stehen im Mittelpunkt.

Die Welt hat heute einen Atomwaffenverbotsvertrag. Nicht, weil die wenigen nuklearen Platzhirsche das wollten. Sie und ihre Verbündeten stehen noch vor der Tür. Den Vertrag gibt es, weil viele Menschen gemeinsam auf den Straßen demonstrieren und die breite Mehrheit von Staaten beharrlich den Weg zu Verhandlungstischen findet. Damit die Weltuntergangsuhr nicht einfach weitertickt.



Hiroshimatag Wien. Foto: ICAN Austria © Mirjam Draxler Toedt



Nein heißt nein

Zur Situation belarussischer und ukrainischer Wehrdienstverweigerer und Menschenrechtsverteidiger:innen

Von Irmgard Ehrenberger



Unter dem Motto „Nein heißt nein“ riefen seit Beginn des Krieges belarussische Feminist:innen unter der Leitung der Menschenrechtsorganisation Nash Dom (*Unser Haus*) Wehrpflichtige in Belarus auf, den Dienst mit der Waffe zu verweigern bzw. sich der Einberufung zu entziehen. Ziel der Aktion war es, eine mögliche belarussische Teilnahme am Krieg gegen die Ukraine zu blockieren. Hunderttausende verfolgten die Kampagne, die Informationsmaterialien wurden über vier Millionen Mal auf den Kanälen der sozialen Netzwerke aufgerufen.

Dass die Kampagne auf so fruchtbaren Boden fiel ist nicht überraschend, waren doch viele Wehrpflichtige und Berufssoldaten über die Aussicht, in den Krieg hineingezogen zu werden, entsetzt. *Unser Haus* schätzt, dass derzeit 5.000 junge Männer versuchen, sich dem Militärdienst zu entziehen, obwohl die belarussischen Behörden der Einberufung von Wehrpflichtigen mehr Aufmerksamkeit schenken und die Anforderungen (z.B. den Gesundheitszustand) für Wehrtauglichkeit senkten. Zudem wurden Gesetze massiv verschärft, es

wird zunehmend schwieriger, den Militärdienst aufzuschieben und Wehrdienstpflichtigen droht für das Nicht-Erscheinen zum Wehrdienst eine Strafe zwischen fünf und zehn Jahren Haft. Unter dem Vorwand des „Staatsverrats“ wurde für Desertion die Todesstrafe eingeführt.

Umfassende Militarisierung der belarussischen Gesellschaft

Diese Maßnahmen reihen sich in eine allgemeine extreme Militarisierung der Gesellschaft ein, die auch Kinder und Jugendliche miteinschließt. So müssen Schüler:innen der Oberstufe eine Wehrpflichtausbildung absolvieren, seit dem 1. September 2021 wird in den Schulen die Position eines Leiters für militärisch-patriotische Erziehung, der aus der Zeit der UdSSR als „Militärintstrukteur“ bekannt ist, wieder eingeführt. Das umfangreiche militärische Ausbildungsprogramm umfasst z.B. auch das teilweise Zerlegen und Zusammensetzen von Gewehren, das Laden von Magazinen mit Übungsmunition und das Anlegen von Gasmasken.

Im Juli dieses Jahres unterzeichnete Präsident Lukashenko ein Gesetz über eine Volksmiliz. Bei Aus-

rufung des Kriegsrechts können sich Bürger:innen freiwillig an dessen Durchsetzung beteiligen. Sie können territoriale Polizeieinheiten unterstützen und Eigentum aller Art vor kriminellen Übergriffen schützen. „Ich habe schon mehrfach gesagt: Jeder Mann (und nicht nur er) sollte wenigstens wissen, wie man mit Waffen umgeht. Zumindest, um seine Familie, sein Haus, sein heimatisches Fleckchen Erde im Notfall zu schützen und, wenn nötig, sein Land, denn ohne das gibt es kein Fleckchen, kein Haus, nichts mehr. Viele verstehen das“, betonte Lukashenko.

Geißeln des Regimes

Für belarussische Kriegsdienstverweigerer und Deserteure ist es praktisch unmöglich, sich dem Militärdienst zu entziehen oder einer Inhaftierung aufgrund ihrer Verweigerung zu entgehen. Sie finden aber auch in anderen Ländern keine Zuflucht.

Nach den Massenprotesten in Belarus in den Jahren 2020/21 suchten Tausende Belaruss:innen Zuflucht in Litauen, wo sie ein humanitäres Visum erhielten. Das änderte sich allerdings mit dem Einmarsch Russlands in der Ukraine. „Vor drei Jahren unterstützte Litauen diejenigen, die gegen das belarussische Regime kämpften, aber jetzt behandelt es diese Menschen als Terrorist:innen“, meint die ukrainische Regisseurin Anna Bilobrova.

Besonders hart trifft es belarussische Kriegsdienstverweigerer mit einer früheren Militärdienst Erfahrung sowie ehemalige Kadetten-schüler. Sie werden als „Bedrohung für die nationale Sicherheit Lit-



WEHRDIENSTVERWEIGERUNG

auens“ wahrgenommen, wobei diese Einstufung einen präventiven Charakter hat. D.h., sie stellen derzeit keine Bedrohung dar, aber vielleicht in Zukunft. Ihnen wird die Aufenthaltsgenehmigung entzogen und sie werden mit einem fünfjährigen Einreiseverbot in alle EU-Länder belegt. Bisher wurde keinem belarussischen Kriegsdienstverweigerer in Litauen politisches Asyl gewährt, nicht einmal wenn Beweise für die Teilnahme an den Protesten 2020/2021 vorliegen. Bei einer Abschiebung drohen den Kriegsdienstverweigerern langjährige Haftstrafen und Folter. Deserteuren, die nach Belarus zurückgeschoben werden, droht die Todesstrafe.

Kampagne „Schutz und Asyl für Olga Karatch“

„Bedrohung der nationalen Sicherheit Litauens“ scheint die gängige Formel, um unliebsame Belaruss:innen zurückzuschieben. Diese Erfahrung musste auch Olga Karatch, Gründerin von *Unser Haus*, machen. Olga musste Belarus bereits 2014 verlassen, da sie vom Lukashenko-Regime bedroht wurde. Sie führt *Unser Haus* von Litauen aus weiter, wo die Organisation registriert ist. Unser Haus setzt sich engagiert für belarussische Kriegsdienstverweigerer ein, aber ebenso für alle Flüchtlinge und Wehrdienstverweigerer, seien sie aus Belarus, Russland oder der Ukraine. Im September 2022 stellte Olga bei den litauischen Behörden einen Asylantrag, der am 18. August 2023 abgelehnt wurde, obwohl Olga in Belarus, wo sie wegen ihres Engagements für Menschenrechte und Frieden als „Terroristin“ eingestuft wird, eine langjährige Haftstrafe oder die Todesstrafe droht. Allerdings wurde ihr ein einjähriges Aufenthaltsrecht in Litauen eingeräumt, nach der Einschätzung von Olga nur deshalb, weil zahlreiche internationale Politiker:innen und Organisationen bei der litauischen

Regierung und Botschaften intervenierten. Die Weigerung Litauens, Olga politisches Asyl zu gewähren, verstößt klar gegen die Verpflichtungen des Staates gegenüber Menschenrechtsverteidiger:innen, die in UN-Resolutionen und EU-Leitlinien festgelegt sind. Unterstützende Organisationen, wie auch der Versöhnungsbund, haben daher die Brief-Kampagne *#protection4olga* ins Leben gerufen.

Nähere Informationen:
[www.versoehnungsbund.at/
briefkampagne-olga-karatch/](http://www.versoehnungsbund.at/briefkampagne-olga-karatch/)

„Der Wunsch nach Frieden ist ein natürliches Bedürfnis jedes Menschen“

Dieses Bedürfnis gilt allerdings nicht in Kriegszeiten. So wird dieser Wunsch nach Frieden dem ukrainischen Wissenschaftler und Pazifisten Yurii Sheliazhenko als „Verbrechen der Rechtfertigung der russischen Aggression“ ausgelegt. Dabei hatte der ukrainische Geheimdienst vergeblich nach Beweisen für Verbindungen zu russischen Agent:innen gesucht. Allein der „anti-ukrainische Charakter“ seiner Aktivitäten für Menschenrechte, insbesondere das Recht auf Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen, reichten aus, um am 11. August 2022 ein Strafverfahren gegen Yurii einzuleiten. Am 3. August 2023 brach der ukrainische Sicherheitsdienst in Yurii's Wohnung ein und beschlagnahmte illegaler Weise seinen Computer, sein Telefon und einige Dokumente der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung, deren Vorsitzender er ist. Es folgte eine Anklage wegen des Verbrechens der „Rechtfertigung der russischen Aggression“. Der einzige „Beweis“ der Anklage ist die Erklärung „Friedensagenda für die Ukraine und die Welt“, die die Ukrainische Pazifistische Bewegung am Internationalen Tag des Friedens, dem 21. September 2022, beschlossen hatte. Die Erklärung

wurde auch an Präsident Selenskij geschickt. Am 15. August 2023 ordnete das Kiewer Bezirksgerichts Solomyanskyi einen teilweisen Hausarrest bis 11. Oktober an. Yurii darf seine Wohnung zwischen 22 und 6 Uhr nicht verlassen und er musste seine Reisedokumente bei ukrainischen Behörden hinterlegen. Mitarbeiter:innen der Nationalen Polizei können jederzeit in seine Wohnung kommen. Dass die „belastende“ Erklärung den russischen Angriffskrieg ausdrücklich verurteilt, wurde vom Gericht geflissentlich ignoriert.

Nähere Informationen für die Unterstützung von Yurii:
[www.versoehnungsbund.at/
unterstuetze-einen-ukrainischen-pazifisten/](http://www.versoehnungsbund.at/unterstuetze-einen-ukrainischen-pazifisten/)

Dass sich auch viele ukrainische Wehrpflichtige dem Krieg entziehen, wird aus Propagandagründen gerne übersehen. Rund 20.000 wehrpflichtige Männer wurden gewaltsam an der Ausreise gehindert, dennoch sind 650.000 Männer zwischen 18 und 64 Jahren als Flüchtlinge in den EU-Staaten, Norwegen, Schweiz und Liechtenstein registriert. Österreich liefert diese Wehrpflichtigen nicht an die Ukraine aus. Das ist gut so. Warum es allerdings für Wehrdienstverweigerer aus Russland und Belarus fast unmöglich ist, in EU-Ländern Asyl zu erhalten, entbehrt jeder Logik.

Angesichts des menschenverachtenden Umgangs vieler Staaten mit Kriegsdienstverweigerern bzw. mit Menschen, die dieses Recht verteidigen, ist es mehr als angemessen, dass das Internationale Friedensbüro angekündigt hat, die drei herausragenden Organisationen, die *Russische Bewegung für Kriegsdienstverweigerer*, die *Ukrainische Pazifistische Bewegung* und die belarussische Organisation *Unser Haus* für den Friedensnobelpreis 2024 zu nominieren (siehe <https://de.connection-ev.org/article-3836>).



„Sobald der Klimaschutz für das Militär interessant wird...“

Von Irmgard Ehrenberger

„**H**at die Menschheit das Klima endlich gebrochen?“, fragt sich der „Guardian“⁽¹⁾ und interviewt dazu Klimawissenschaftler:innen aus der ganzen Welt. Nein, meinen diese, die Kippunkte seien noch nicht erreicht, die globale Erderwärmung stimme mit den wissenschaftlichen Voraussagen der letzten drei Jahrzehnte überein und es bleibe noch ein „winziges Fenster der Hoffnung“. Allerdings merkt Prof. Malte Meinshausen von der Universität Melbourne an: „Die Prognosen der Klimawissenschaft sind über die letzten Jahrzehnte hinweg ziemlich robust. Leider hat sich auch die Sturheit der Menschheit, immer größere Mengen an Treibhausgasen auszustoßen, als ziemlich robust erwiesen.“

Allerdings ist der Ausstoß an Treibhausgasen (THG), weltweit insgesamt 38 Mrd. Tonnen im Jahr 2021, höchst ungleich verteilt, denn für 81 % der Emissionen sind die G20-Staaten verantwortlich.⁽²⁾ Die veröffentlichten Zahlen weisen aber eine große Lücke auf, der THG-Ausstoß, der durch militärische Aktivitäten entsteht, wird nicht ausgewiesen. Denn die Berichterstattung über militärische Treibhausgasemissionen ist freiwillig und somit höchst unvollständig, die Daten werden entweder nicht erhoben oder in anderen Kategorien versteckt. So kritisiert das Conflict and Environment Observatory (CEOBS): „Ohne eine Mindestberichtspflicht an das UNFCCC (Klimarahmenkonvention der UN) verlangen die meisten Länder – auch jene mit hohen Militärausgaben und



einer großen Anzahl von Mitarbeiter:innen – von ihren Streitkräften keine aussagekräftige Berichterstattung über THG-Emissionen.“ CEOBS schlägt einen standardisierten Rahmen für die Berichterstattung militärischer Treibhausgasemissionen vor: Treibstoffverbrauch, Energieverbrauch, Emissionen der militärischen Lieferketten und Emissionen kriegerischer Aktivitäten.

Eine Studie der Scientists for Global Responsibility und dem CEOBS⁽³⁾ hat anhand verfügbarer Daten errechnet, dass der Ausstoß der Militärs weltweit zwischen 1.644 und 3.484 Megatonnen THG beträgt. Das entspricht 3,3 bzw. 7 % der weltweiten Emissionen, wobei dabei die Emissionen durch die Folgen von Kriegen (zerstörte Infrastruktur, Wiederaufbau, Brände, humanitäre Hilfe etc.) nicht enthalten sind. In der Aufreihung der Länder gemäß THG-Emissionen nehmen die weltweiten Militärs je nach Berechnung den 5. Rang (nach China, den USA, Indien und Russland)

bzw. den 4. Rang (noch vor Russland) ein. Damit ist klar belegt, dass der THG-Ausstoß des Militärs mit seinen Lieferketten und den immensen Schäden, die Kriege anrichten, wesentlich zur Klimakrise beiträgt.

Und Österreich?

Im letzten Bericht Österreichs (Austria's National Inventory Report 2022) im Rahmen des United Nations Framework werden militärische Emissionen nur teilweise mit einbezogen, denn trotz offizieller Versuche wurden keine Daten vom Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV) zur Verfügung gestellt.⁽⁴⁾ Angesichts dieser Datenlage ist auf der Website „The Military Emissions gap“⁽⁵⁾ bezüglich Österreich vermerkt, dass die Berichterstattung über militärische Emissionen erhebliche Lücken aufweist, die Datenzugänglichkeit schlecht ist, darüber hinaus gibt es über stationäre Emissionen des Militärs überhaupt keine Angaben. Ein Befund, der auf fast alle Länder mehr oder

(1) The Guardian, 28. August 2023

(2) Statistisches Bundesamt Deutschland, <https://www.destatis.de>

(3) ceobs.org/wp-content/uploads/2022/11/SGRCEOBS-Estimating_Global_Military_GHG_Emissions_Nov22_rev.pdf

(4) <https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/rep0811.pdf>

(5) www.militaryemissions.org



weniger zutrifft. „Insgesamt ist die Frage nicht, ob es einen Zusammenhang zwischen Klimawandel und Verteidigung gibt, sondern die relevante Frage müsste lauten, wie wir als Militär unsere Systeme, unsere Operationen/Missionen und unsere Ausrüstung in Zukunft anpassen“, äußert sich dazu General Robert Brieger, Vorsitzender des Militärausschusses der EU.

Auch im Nachhaltigkeitsbericht 2021 des Bundesministeriums für Landesverteidigung Berichtszeitraum 2018 – 2020⁽⁶⁾ ist nichts über THG-Emissionen des Bundesheeres zu finden. Ausführlich wird auf die Möglichkeiten zum nachhaltigen Handeln in den Bereichen Abfall, Recycling und Vermeidung von Speiseabfällen eingegangen. Auch die thermisch-energetische Sanierung von Liegenschaftsgebäuden und nachhaltige Mobilität werden thematisiert. Ziel dieser Maßnahmen sei es, zu den Klimazielen Österreichs beizutragen und zumindest eine Teil-Autarkie der Liegenschaften zu erreichen. Seit dem Krieg in der Ukraine wird diese Entwicklung weiter forciert. So sollen mit Investitionen von 100 Mio. Euro bis 2025 bestimmte Kasernen und Liegenschaften als „Sicherheitsinseln“ autark gemacht werden.⁽⁷⁾

Auf EU-Ebene wurden den Mitgliedsstaaten eine „Roadmap“⁽⁸⁾ verordnet, wobei der Klimawandel als doppelte Bedrohung gesehen wird: Die Zahl der Krisensituationen, auf die die EU reagieren muss, wird sich erhöhen, außerdem werden die Streitkräfte zivile Behörden im In- und Ausland bei den Folgen des Klimawandels wie Bränden und Überschwemmungen unterstützen müssen. Gleichzeitig müssen die Einsatzkräfte an das sich z.B. durch Hitze veränderte Einsatzumfeld angepasst werden und ihre Infrastruk-

tur auf grüne Technologien umstellen. Das übergeordnete Ziel des Fahrplans sei es sicherzustellen, dass die Auswirkungen der Klimapolitik zu einem integralen Bestandteil des Denkens und Handelns der EU in Bereichen wie Forschung und Entwicklung im Verteidigungsbereich, in der Industrie und Technologie oder Infrastruktur sowie in der Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik werden. Ein besonderes Anliegen sind der EU „Missionen“, die im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik stattfinden. Hier sollen Klimawandel und Umweltaspekte in die Planung und Durchführung mit einbezogen werden und sie sollen auch eine/n eigenen Umweltberater/in erhalten.

Der Klimawandel wird bewaffnete Konflikte – lokal und auch international – mit sich bringen bzw. als Konfliktmultiplikator wirken. Darüber sind sich Expert:innen der Militärs einig. Sie nehmen den Klimawandel fast ausschließlich als Sicherheitsproblem dar. Die Frage, warum Konflikte, v.a. auf lokaler Ebene, so schnell in bewaffneten Auseinandersetzungen enden, wird nicht gestellt. Dass das auch mit der Rüstungsüberproduktion zusammenhängt, wird geflissentlich ignoriert.

Dass auch das Militär einen Beitrag zur Reduktion seiner THG-Emissionen leisten muss, wird anerkannt, sobald es zum eigenen Vorteil ist. So bringt Energie-Autarkie bei Liegenschaften mehr Sicherheit für die Streitkräfte, man wäre nicht mehr von anfälligen Versorgungsketten abhängig. Akash Ramnath, Douwe van der Meer und Louise van Schaik führen in der Broschüre „verteidigung.at“ des BMLV aus: „Die Ankündigung der NATO, ein Climate Change and Security Centre of Excellence zur Unterstützung

klimafreundlicher Maßnahmen der Aktivitäten von Mitgliedsstaaten einzurichten, sowie ein neuer Innovationsfonds der NATO in der Höhe von einer Milliarde US-Dollar zeigen, dass Investitionen rasch mobilisiert werden können, sobald der Klimaschutz für militärische Akteure interessant wird.“

Der Klimawandel – das große Geschäft?

2021 erkannte das „International Military Council on Climate and Security“ an, dass die Verteidigung der weltweit größte institutionelle Einzelverbraucher von Kohlenwasserstoffen ist. Die Expert*innengruppe des Councils führt aus: „Der Beitrag zum Klimaschutz in Gebäuden der Streitkräfte, im täglichen Verkehr und in anderen Einrichtungen ist eine ähnliche Herausforderung wie im zivilen Bereich. Sie erfordert politischen Willen und Budget für Wärmepumpen, Elektrofahrzeuge, Energieeffizienz, Solardachanlagen usw. Selbst Militärbasen im Ausland können dekarbonisiert werden. Die eigentliche Herausforderung ist die Dekarbonisierung schwerer Waffensysteme wie Kampffjets, Panzer, Kriegsschiffe und U-Boote, die für ihren Betrieb erhebliche Mengen an Treibstoff benötigen; gleichzeitig macht ihre Versorgung auch militärische Operationen und ihre fossilen Versorgungsleitungen besonders anfällig. Die Hightech-Innovationen, die für die Umstellung auf kohlenstoffarme Alternativen erforderlich sind, könnten die Modernisierung sehr wohl vorantreiben und gleichzeitig zu gesellschaftlichen Vorteilen führen.“⁽⁹⁾

Und NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg ist überzeugt: „Wir können nicht zwischen grünen und starken Streitkräften wählen, wir brauchen starke und grüne gleich-

(6) https://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/nachhaltigkeitsbericht_2021.pdf

(7) https://www.parlament.gv.at/aktuelles/pk/jahr_2022/pk1086

(8) The EU's Climate Change and Defence Roadmap: <https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/documents/2022-03-28-ClimateDefence-new-Layout.pdf>

(9) <https://imccs.org/wp-content/uploads/2022/06/Decarbonized-Defense-World-Climate-and-Security-Report-2022-Vol.-I.pdf>



zeitig. Aber ich bin absolut zuversichtlich, dass in der Zukunft die effektivsten, die besten Flugzeuge, die besten Schiffe, die besten Militärfahrzeuge mit etwas anderem angetrieben werden als fossilen Treibstoffen. Sie werden nichts emittieren.“⁽¹⁰⁾

Ob diese Generation militärischer Ausrüstung vielleicht die letzte ist, die von fossilen Treibstoffen abhängig ist, wie General Sir Mark Carleton-Smith, Chef des britischen Generalstabs von 2018-22, meinte, bleibt anzuzweifeln. Für das österreichische Bundesheer wird das nicht zutreffen. Bis 2027 soll das Verteidigungsbudget auf 1,5 % des BIP aufgestockt werden. Damit sollen u. a. neue Hubschrauber, eine bessere Ausstattung der Eurofighter, die Modernisierung der Leopard-Kampfpanzer und neue Kurzstrecken-Raketen beschafft werden. Von nicht-emittierenden Waffen keine Spur.

Eva Widhalm stellt in der Broschüre „Risikolandschaft Österreich“⁽¹¹⁾ fest: „Der Verteidigungssektor könnte die Abkehr von fossilen Energieträgern ohne Gefährdung des Einsatzes nur mit enormem Einsatz von Ressourcen in Innovation, Entwicklung und Forschung vorantreiben. Dadurch würde er auch eine Vorreiterrolle einnehmen, Innovationen für den Privatsektor anstoßen und einen wesentlichen Teil zum Klimaschutz beitragen. Hierzu sind jedoch massive weitere Investitionen in den Bereichen militärische Infrastruktur, Logistik, Gerätschaft und Ausrüstung erforderlich. Diese werden in Zukunft noch extremeren Wetter- und Klimaverhältnissen ausgesetzt sein, etwa durch Überschwemmungen von Militärbasen, extreme Hitze oder extreme Kälte in verschiedenen geo-

grafischen Räumen. Darüber hinaus sind vorausschauende Maßnahmen zur Anpassung wie etwa die Anwendung von Kühlungstechnologien erforderlich, um die Gesundheit der Soldatinnen und Soldaten zu schützen.“

Neben den Unsummen von Geld, die die Dekarbonisierung des Militärs verschlingen wird (falls sie überhaupt umgesetzt wird), stellt sich auch die Frage nach den Ressourcen wie z. B. Metallen und Seltenen Erden, von denen viele in China und in Ländern des Globalen Südens zu finden sind. Auch der viel beschworene „grüne“ Wasserstoff lässt viele Fragen offen. Umwelt- und Menschenrechtsverteidiger*innen in ärmeren Ländern befürchten zu Recht eine neue Kolonialisierung. So weist Lieutenant Nugee darauf hin, dass die Dekarbonisierung neue Abhängigkeiten mit sich bringen wird und dass es sinnvoll ist, dass „die Freiheit des Handels und die Offenheit der Handelsrouten vom Militär zumindest überwacht wird“.⁽¹²⁾ Im „Strategischen Kompass“ wird näher ausgeführt, wie die EU ihre Interessen zu wahren gedenkt, zum Beispiel durch eine modulare Streitkraft mit bis zu 5.000 Einsatzkräften.

Fazit

Nach den Vorstellungen von Politiker*innen und Militärs sollen also die Folgen des Klimawandels, der durch den menschlichen THG-Fußabdruck verursacht wird, durch einen gigantischen militärischen „Boot-Print“ abgefedert werden. Die unvorstellbare Summe von 2,2 Billionen US-Dollar wurde 2022 weltweit in Militär und Rüstung investiert.

1,7 Billionen Dollar wurden weltweit in erneuerbare Energien, E-Mobili-

tät, Effizienz und Netze investiert, wobei 84 % der Investitionen auf die reicheren Länder entfallen.⁽¹³⁾ „Dürren, Überschwemmungen und eine stetig steigende Lufttemperatur werden Teile der Welt unwohnbar machen ... Einige Beobachter gehen davon aus, dass es im Jahr 2100 bis zu einer Milliarde verzweifelte Klimawandel-Migranten geben wird.“, so Lieutenant General Richard Nugee, der 2020 den Climate Change and Sustainability Report für das britische Verteidigungsministerium verfasste. Selbst ein kleiner Prozentsatz dieser Flüchtlinge könne in Europa zu Destabilisierung führen. „Die Versuchung, das Militär als Beschützer der Grenzen zu Land und zu Wasser gegen Flüchtlinge einzusetzen, nimmt wahrnehmbar zu – mit all den damit verbundenen moralischen und politischen Problemen“.

Und so kommen das International Peace Bureau und das Centre Delàs in einer Studie⁽¹⁴⁾ zu dem Schluss: „Die militarisierte Sicherheit spielt eine wesentliche Rolle bei der ständigen Verschlimmerung der globalen Umweltkrisen. Eine Rolle, die darin besteht, alle nicht-demokratischen Machtträger (extraktive transnationale Konzerne, große Finanzunternehmen, Militärindustrie) zu schützen, die mit oft unaussprechlichen Zielen des kontinuierlichen Wachstums zum persönlichen Nutzen und Profit ihrer herrschenden Minderheiten das soziale und ökologische Gleichgewicht des Planeten zerstören. Ein Schutz der Wenigen, der die große Mehrheit der Bevölkerung durch die sogenannte nationale Sicherheit ausschließt.“

Irmgard Ehrenberger ist Co-Geschäftsführerin beim Internationalen Versöhnungsbund Österreich

(10) https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_188262.htm?selectedLocale=en

(11) https://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/risikolandschaft_oesterreich_2022.pdf

(12) [verteidigungspolitik.at. Klimakrise und die Rolle der Streitkräfte. Broschüre des BMLV, 2022](https://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/risikolandschaft_oesterreich_2022.pdf)

(13) Frankfurter Rundschau, 18.7. 2023: Investitionen für den Klimaschutz können sich nur reiche Länder leisten: <https://www.fr.de/wirtschaft/investitionen-fuer-den-klimaschutz-koennen-sich-nur-reiche-laender-leisten-92408788.html>

(14) <https://centredelas.org/publicacions/maloshumosdelejercito/?lang=en>



Bücher aus unserer Leseliste



Edgar Morin: Von Krieg zu Krieg. Von 1940 bis zur Invasion der Ukraine. Hrsg. von Werner Wintersteiner und Wilfried Graf; Verlag Turia + Kant, Wien-Berlin, 2023. ISBN 978-3-98514-075-6

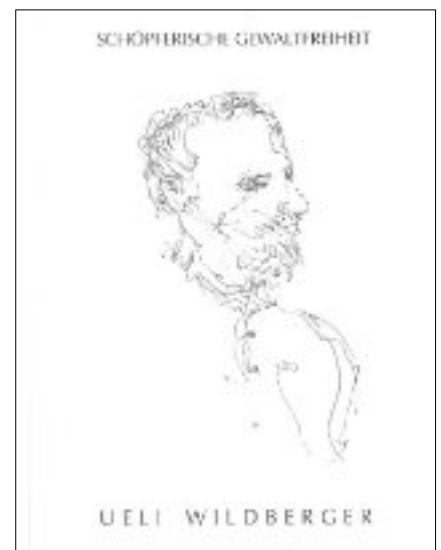
Der französische Philosoph und Soziologe Edgar Morin hat in dieser „Warnschrift“ seine über 100 Jahre währenden Lebenserfahrungen mit Krieg und Frieden auf den aktuellen Krieg in der Ukraine angewendet. Herausgekommen ist ein kleines, gut lesbares Büchlein (herausgegeben und übersetzt von W. Wintersteiner und W. Graf), das dennoch dem für Morin charakteristischen komplexen Denken gerecht wird. Er beginnt mit seiner Einsicht aus und nach dem 2. Weltkrieg, als er im Widerstand gegen den Nationalsozialismus kämpfte und erst längere Zeit nach Kriegsende realisierte, dass auch die „Barbarei der Bombenangriffe“ auf die deutsche Zivilbevölkerung als Kriegsverbrechen bezeichnet werden können, weil „der Krieg des Guten auch das Böse in sich trug“. In der Folge schildert Morin kurz und knapp wesentliche Grundzüge, die jeder Krieg in sich trägt: die Kriegshyste-

rie mit dem Hass und der Kriminalisierung des Feindes, die Kriegslügen auf allen Seiten, die um sich greifende „Spionitis“ und die Kriegspropaganda, sowie die Radikalisierung von Konflikten in deren Verlauf, was er anhand vieler Beispiele der letzten 75 Jahre ausführt. Den ersten Teil des Büchleins fasst er so zusammen: „Jeder Krieg bringt Verbrechen mit sich, Manichäismus, einseitige Propaganda, Kriegshysterie, Spionage, Lügen, die Herstellung immer tödlicherer Waffen, Irrtümer und Illusionen, Unerwartetes und Überraschendes... Der Krieg in der Ukraine entgeht dieser Logik eines jeden Krieges nicht.“ (S. 71)

Der völkerrechtswidrige Krieg Russlands gegen die Ukraine hat die Debatte um das Wie des Friedensmachens im Zuge des ersten Jahrestages dieser Kriegsphase aufgeheizt.

Im relativ kurzen 2. Teil nimmt Morin eine Kontextualisierung des Ukraine-Krieges vor, die „das Einfache – Russlands Einmarsch in die Ukraine, den Gegensatz zwischen westlicher Demokratie und russischem Despotismus – als auch das Komplexe – den historischen und geopolitischen Kontext – begreifen“ muss. Er beschreibt sowohl die Dialektik der Beziehungen zwischen den USA und Russland und die Entwicklung der Ukraine, wie auch die Genese des aktuellen Krieges: „Es gibt drei Kriege in einem: die Fortsetzung des internen Krieges zwischen der ukrainischen Regierung und den separatistischen Provinzen, den russisch-ukrainischen Krieg und einen internationalisierten antirussischen politisch-wirtschaftlichen Krieg des Westens, der von den USA angeführt wird.“ (S. 103) Zum Schluss spricht sich Morin für den Frieden aus und nennt einige Pfade in diese Richtung – die Notwendigkeit eines

Waffenstillstands und von Verhandlungen – denn: „Je mehr der Krieg sich verschärft, desto schwieriger wird der Frieden, aber desto dringender ist er nötig. Vermeiden wir einen Weltkrieg. Er wäre schlimmer als der letzte.“ (S. 112)



Ueli Wildberger: Schöpferische Gewaltfreiheit,

Am 23. Jänner 2023 ist Ueli Wildberger im 78. Lebensjahr in Zürich nach längerer Krankheit verstorben. Anlässlich seiner Verabschiedung haben seine Frau France Wildberger-Soubise und sein langjähriger Kollege im Schweizer Versöhnungsbund, Jonathan Sisson, die autobiografischen Texte von Ueli unter dem Motto „Berichte aus dem Leben eines Friedensaktivisten“ herausgegeben. Über 50 Jahre Erfahrungen mit der Kraft der aktiven Gewaltfreiheit in der Schweiz, in Europa und international sind darin zusammengefasst – in Erinnerung an einen Menschen, der für viele im Versöhnungsbund ein Freund und ein Beispiel für ein authentisches Leben für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung war.



DVR 0583031

Österreichische Post AG
MZ 02Z032555 M
Int. Versöhnungsbund, Ledererg. 23/3/27, 1080 Wien

Liebe kann man lernen.
Und niemand lernt
besser als Kinder.

Astrid Lindgren
Autorin

Spinnrad 